

Rüsselsheim am Main, den 18.06.2026

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Ausschusssitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 16.06.2026 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 **Genehmigung der letzten Niederschrift vom 12.05.2026**

Die Niederschrift vom 12.05.2026 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 13 Ja-Stimmen

TOP 10 **Aktuelle Haushaltssituation**

Herr Stadtverordneter Walczuch erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur DS-883/21-26 vom 19.02.2026 und fragt nach dem weiteren Vorgehen und der Informationspflicht bzgl. der Überschreitungen der Liquiditätskreditermächtigung.

Des Weiteren verweist er auf den einzurichtenden Expertenrat zum Haushalt 2027 und fragt nach dem Sachstand bzgl. dem Haushaltsplanentwurf 2026. Außerdem mahnt er die ausstehenden Finanzberichte und Jahresabschlüsse an (AF-4/26-31 der WsR-Fraktion vom 15.05.2026).

Herr Oberbürgermeister Burghardt gibt einen kurzen Sachstandsbericht zum gemeinsamen Gesprächstermin der Dezernenten bei der Kommunalaufsicht. Er teilt mit, dass sich die Aufsichtsbehörde kooperativ zeigt und die schwierige Haushaltslage grundsätzlich anerkannt werde.

Zur weiteren Vorgehensweise bzgl. des **Haushalts 2026** teilt Herr Oberbürgermeister Burghardt mit, dass es aktuell 2 Varianten gebe:

- 1) erneute Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026 mit dem Ziel doch noch eine Genehmigungsfähigkeit herzustellen
- 2) Akzeptanz eines nicht genehmigten Haushalts 2026 und Fokussierung auf den Haushalt 2027

Er teilt des Weiteren mit, dass etwaige problematische Aspekte einer ganzjährigen vorläufigen Haushaltsführung in 2026 zunächst auf Arbeitsebene mit der Kommunalaufsicht besprochen werden sollen. Im Anschluss wird dann noch in der Sommerpause entschieden, wie weiter verfahren werden soll.

Bzgl. der **Haushaltsplanung 2027** teilt der Oberbürgermeister mit, dass weiterhin eine enge Abstimmung mit der Kommunalaufsicht erfolgen wird.

Er erläutert das Konzept des einzuberufenden „Expertenrats“ und verweist auf den entsprechenden Prozess in Baden-Baden. Aufgabe dieses Gremiums wird es sein, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung für die Jahre 2027ff. zu entwickeln.

Parallel hierzu wird verwaltungsseitig der Haushalt 2027 regulär aufgestellt werden. Auch die AG Haushalt soll bestehen bleiben, um u.a. weiter an der Entwicklung eines wirkungsorientierten Haushalts zu arbeiten.

Zur Einbeziehung der Rüsselsheimer Einwohnerinnen und Einwohner ist eine Bürgerversammlung angedacht.

Bzgl. der **Liquiditätskredite** teilt Herr Oberbürgermeister Burghardt mit, dass aktuell das auf die abgestimmte Höchstgrenze von 170,0 Mio. EUR anzurechnende Kreditvolumen bei 165,8 Mio. EUR liegt und daher zeitnah eine weitere Überschreitung auf 190,0 Mio. EUR mit der Aufsichtsbehörde abzustimmen sein wird.

Bei den **Investitionskrediten** wird angestrebt, die noch vorhandene Kreditermächtigung von insgesamt 37,1 Mio. EUR im Einvernehmen mit der Kommunalaufsicht in vollem Umfang ausschöpfen zu können.

Der Oberbürgermeister gibt es Weiteren einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der investiven Maßnahmen.

Bzgl. der bereits aufgestellten **Jahresabschlüsse 2023 und 2024** teilt er mit, dass die Prüfung des Jahres 2023 noch vor der Sommerpause startet und spätestens bis Jahresende der Stadtverordnetenversammlung der geprüfte Jahresabschluss zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Danach wird mit der Prüfung des Jahres 2024 begonnen.

Bzgl. der noch ausstehenden **Finanzberichte** verweist Herr Oberbürgermeister Burghardt auf die Problematik der Betrachtung von Plan-Ist-Abweichungen bei bis zum jeweiligen Jahresende nicht genehmigten Haushalten. Er kündigt an, dass der Finanzbericht 2025 nach der Sommerpause vorgelegt werden wird.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

TOP 2 Wirtschaftsplan 2027 des Eigenbetriebes der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim DS-40/26-31

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe den Wirtschaftsplan 2027 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan zur Kenntnis genommen hat.
2. sich die Betriebskommission des Eigenbetriebes der Städtischen Betriebshöfe in ihrer Sitzung am 24.02.2026 mit der BK-Vorlage Nr. 06/26 befasst hat. Sie empfiehlt einstimmig dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung dem beigefügten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2027 zuzustimmen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes der Städtischen Betriebshöfe für das Wirtschaftsjahr

2027 mit folgenden Werten:

im Erfolgsplan

in den Erträgen auf	728.000,00 €
in den Aufwendungen auf	678.000,00 €

im Vermögensplan

in der Ausgabe auf	200.000,00 €
in der Einnahme (Deckungsmittel) auf	200.000,00 €

2. dass der geplante Gewinn in Höhe von
50.000,00 €
dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt wird.
3. dass der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan festgesetzt wird auf
0,00 €
4. dass der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, festgesetzt wird auf
1.000.000,00 €
5. dass die im Wirtschaftsplan 2027 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 13 Ja-Stimmen

**TOP 3 Grundschule Hasengrund, Brandschaden
hier: Budgeterhöhung
DS-46/26-31**

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgendes zur Kenntnis:

1. Die Gesamtkosten für die Wiederherstellung, für die Interims-Containeranlage (IM03), für die Anpassungen und Modernisierungen sowie für die nicht vorhersehbare erforderliche Schadstoffsanierung betragen abschließend rund 6,1 Mio. Euro.
2. Für die Gesamtmaßnahme waren 5,3 Mio. Euro (Haushalte 2023/2024/2025) veranschlagt.
3. Für den Entwurf des Haushaltsplanes 2026 müssen daher für das Projekt „Brandschaden Grundschule Hasengrund“ noch weitere 800.000 Euro veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 4 Max-Planck-Schule, Teilabbruch und Neubau
hier: Beschlussfassung zum Vorentwurf Leistungsphase 2
DS-52/26-31

TOP 4 a) Max-Planck-Schule, Teilabbruch und Neubau
hier: Beschlussfassung zum Vorentwurf Leistungsphase 2
Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP vom 09.06.2026
DS-52-1/26-31

Herr Stadtrat Valerius berichtet anhand eines Schaubildes die jahresbezogene Kostenentwicklung bei verschiedenen Umsetzungsvarianten der Vorentwurfsplanung. Das Schaubild ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Drucksache und der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP vom 09.06.2026 werden ausführlich diskutiert und die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Herr Stadtverordneter Jagla meldet für die CDU/FDP-Fraktion Beratungsbedarf an.

Abstimmungsergebnis:
Ohne Abstimmung

TOP 5 Grünpflege
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.02.2026
DS-49/26-31

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

1. Die Pflegestandards im Bereich der städtischen Grünpflege haben bereits ein fachlich kritisches Mindestniveau erreicht und vorhandene Einsparpotenziale sind weitestgehend ausgeschöpft.
2. Eine zusätzliche Reduzierung der Aufwendungen um 10 % würde nicht zu Effizienzgewinnen führen, sondern wäre unmittelbar mit Leistungseinschränkungen verbunden, die sich negativ auf die Verkehrssicherheit, den Werterhalt des Grünbestands, den Klimaschutz und die Klimaanpassung sowie das Stadtbild auswirken.
3. Aufgrund gestiegener Anforderungen – insbesondere durch Flächenzuwächse, erhöhte Verkehrssicherungspflichten, klimatische Veränderungen sowie zunehmenden Nutzungsdruck – besteht bereits ein erhöhter Ressourcenbedarf.
4. Die Kostenentwicklung im Bereich der Grünpflege ist in den vergangenen Jahren deutlich durch gestiegene Materialpreise, erhöhte Lohnkosten, allgemeine Inflationsentwicklungen sowie gestiegene Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen geprägt. Vor diesem Hintergrund würde eine weitere Kürzung der Haushaltsmittel zu einer zusätzlichen Verschärfung der bereits bestehenden strukturellen Unterfinanzierung führen sowie die Sicherstellung einer fachgerechten und verkehrssicheren Grünpflege nachhaltig erschweren.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Antrag [AT-210/21-26](#) der Fraktion CDU vom 09.02.2026 als erledigt erklärt wird und der Haushaltsansatz im Bereich der Grünpflege des Städteservice bestehen bleibt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür, 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

TOP 6 Spielplätze
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.02.2026
DS-51/26-31

Herr Stadtverordneter Sert verweist auf den Änderungsantrag von Herrn Stadtverordneten Hauf in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses. Der Haupt- und Finanzausschuss schließt sich dem geänderten Beschlussvorschlag an.

Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Investitionen in Spielplätze werden auf sicherheitsrelevante Maßnahmen und Bestandssicherung sowie Bestandserhaltung begrenzt.
2. Die angesetzten Haushaltsmittel werden entsprechend eingesetzt.
3. Der Antrag AT-211/21-26 der Fraktion CDU vom 09.02.2026 wird als erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag:

Einstimmig, 13 Ja-Stimmen

Es kommt zur Abstimmung über die geänderte Drucksache.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

1. Die Erneuerung von Spielplätzen erfolgt nach fachlichen Kriterien, bedarfsgerecht und auf Grundlage einer Priorisierung. Erneuerung und notwendige Investitionen werden gezielt dort vorgenommen, wo ein sicherheitstechnischer, funktionaler oder struktureller Handlungsbedarf besteht.
2. Eine Streichung der Haushaltsmittel für die grundhafte Erneuerung von Spielplätzen würde zu einem Sanierungsstau, steigenden Folgekosten sowie zu Einschränkungen der Verkehrssicherheit und der sozialen Infrastruktur führen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Investitionen in Spielplätze werden auf sicherheitsrelevante Maßnahmen und Bestandssicherung sowie Bestandserhaltung begrenzt.
2. Die angesetzten Haushaltsmittel werden entsprechend eingesetzt.
3. Der Antrag AT-211/21-26 der Fraktion CDU vom 09.02.2026 wird als erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 13 Ja-Stimmen

**TOP 7 Bildung der Verkehrs- und Umweltkommission gemäß § 72 Hessische
Gemeindeordnung
DS-55/26-31**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass gemäß §72 Absatz 2 HGO in Verbindung mit § 62 Absatz 2 HGO die Möglichkeit besteht, die Besetzung von Kommissionen mit Stadtverordneten im Benennungsverfahren durchzuführen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass der Magistrat in seiner Sitzung am 02.06.2026 die Verkehrs- und Umweltkommission gebildet hat. Der Verkehrs- und Umweltkommission gehören je ein Mitglied aus jeder Fraktion der Stadtverordnetenversammlung an.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Besetzung der Verkehrs- und Umweltkommission im Benennungsverfahren gemäß § 72 Absatz 2 in Verbindung mit § 62 Absatz 2 HGO durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

**TOP 8 Besetzung Frauenkammer für die Legislaturperiode 2026 bis 2031
DS-56/26-31**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. Herr Oberbürgermeister Burghardt sich in der Frauenkammer von Frau Stadträtin Heide Böcker vertreten lässt und den Vorsitz auf sie übertragen hat.
2. die weiblichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Benennungsverfahren bestimmt werden.
3. die neue Geschäftsordnung der Frauenkammer (Anlage 1) mit Beschluss der MV-9/26-31 zum 05.05.26 durch den Magistrat in Kraft getreten ist.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung wählt auf Vorschlag der Verbände bzw. Vereine der Frauenarbeit in städtischer und in freier Trägerschaft folgende Personen und Ihre Stellvertreterinnen als sachkundige Mitglieder in die Frauenkammer:

Frauzentrum	Frau Carmen Größ Stellvertreterin: Frau Corinna Heinrichs
Frauenberatungsstellen	Frau Gabriele Dell Stellvertreterin: N.N.
Ausländerbeirat	Frau Oliwia Chrominska Stellvertreterin: Frau Helin Akbas
Seniorenbeirat	Frau Ortrud Guthmann Stellvertreterin: N.N.
Arbeitskreis Mädchenarbeit	Frau Sultan Aydin Stellvertreterin: Frau Anna Konrad

Kultur123	Frau Dr. Ulrike Gerdiken Stellvertreterin: N.N.
Evangelische Kirche	Frau Johanna Becker Stellvertreterin: Frau Hanne Köhler
Katholische Kirche	Frau Ute Hollingshaus Stellvertreterin: N.N.
Islamische Gemeinden	N.N. Stellvertreterin: N.N.
Rüsselsheimer Frauennetzwerk	Frau Franziska Tsolkas Stellvertreterin: Frau Lilly Marie Wiesner
Rüsselsheimer Frauennetzwerk	Frau Ulrike Leipold-Kern Stellvertreterin: Frau Jennifer Zierold
Rüsselsheimer Frauennetzwerk	Frau Angelika Puhlmann Stellvertreterin: Frau Gabriele Reinhardt
Rüsselsheimer Frauennetzwerk	Frau Manal El Bakkali Stellvertreterin: Frau Astrid Hackenberg
Rüsselsheimer Frauennetzwerk	Frau Masiha Fayez Stellvertreterin: Frau Andrea Gürke

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 13 Ja-Stimmen

TOP 9 Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Patrick Trappel
Schriftführer

Stephan Bernhardt
Vorsitzender

Mittelabflussplan (grob geschätzt) - muss jährlich an Planungs- und Bauablauf angepasst werden

Max-Planck-Schule - Neubauten

Bauabschnitt 1 und Bauabschnitt 2

2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	
BA 1	BA 1	BA 1	BA 1	BA 1/BA 2	BA 2	BA 2	BA 2	Gesamt
1.200.000,00 €	14.500.000,00 €	20.700.000,00 €	24.800.000,00 €	21.600.000,00 €	25.500.000,00 €	28.500.000,00 €	30.500.000,00 €	167.300.000,00 €

Bauabschnitt 1, BA 2a + b gemeinsam, 2c danach

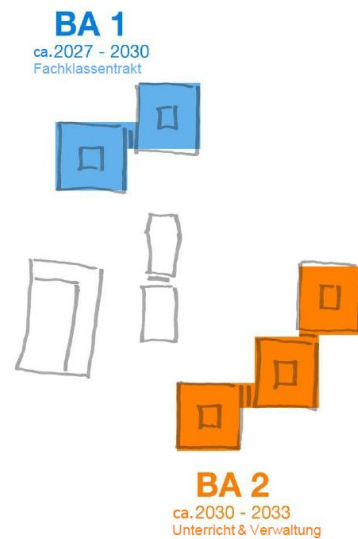
2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
BA 1	BA 1	BA 1	BA 1	BA 1/BA 2a + b	BA 2a + b	BA 2a + b	BA 2a + b/BA 2c	BA 2c	BA 2c	Gesamt
1.200.000,00 €	13.900.000,00 €	19.900.000,00 €	23.700.000,00 €	15.700.000,00 €	22.500.000,00 €	23.200.000,00 €	19.500.000,00 €	12.300.000,00 €	14.200.000,00 €	166.100.000,00 €

Bauabschnitt 1, BA 2a, BA 2b, BA 2c

2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	
BA 1	BA 1	BA 1	BA 1	BA 1/BA 2a	BA 2a	BA 2a	BA 2a/BA 2b	BA 2b	BA 2b/BA 2c	BA 2c	BA 2c	Gesamt
1.200.000,00 €	13.500.000,00 €	19.500.000,00 €	23.500.000,00 €	13.900.000,00 €	15.400.000,00 €	16.200.000,00 €	17.900.000,00 €	11.800.000,00 €	13.200.000,00 €	12.000.000,00 €	10.900.000,00 €	169.000.000,00 €

Mögliche Unterteilung des Bauabschnitts 2 (Unterrichtsräume und Verwaltung)

Variante 1 BA 2 a+b+c gemeinsam (Ergebnis LP2)



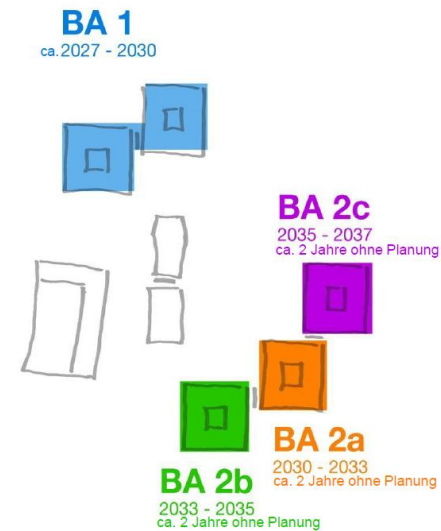
167,28 Mio. Euro
Kostenrahmen (je nach Umsetzungsmodell)

Variante 2 BA 2 a+b gemeinsam, c danach



166,07 Mio. Euro

Variante 3 BA 2 getrennt in a,b,c



169,02 Mio. Euro